

Kita-Finanzierung: Geduld ist das Gebot der Stunde

JANINE KÖPFLI

VADUZ. So wie es aussieht, wird sich Liechtenstein noch eine Weile mit dem Thema Kita-Finanzierung beschäftigen müssen. Auch die Kitas des Landes müssen wohl noch Monate ausharren, bevor sie wissen, ob und in welcher Form der Staat die Betreuungseinrichtungen in Zukunft subventionieren möchte. Frühstens Anfang 2017 könnte ein neues Gesetz zum Thema in Kraft treten, es könnte aber auch später werden.

Direkte Demokratie hat Priorität

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kündigte an, dass die Regierung der Volksinitiative den Vortritt lassen wird. Kurz nachdem die Wirtschaftskammer die Initiative «Familie und Beruf» angekündigt hatte, hiess es vonseiten des Ministeriums, dass die direkte Demokratie Priorität hat oder anders gesagt, dass Pedrazzini die Vorlage zur Kita-Finanzierung zurückziehen könnte. Zwar haben mittlerweile zahlreiche betroffene Institutionen und auch Privatpersonen eine Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung eingereicht, es ist jedoch nach wie vor unklar, ob es überhaupt einen Bericht und Antrag zuhanden des Landtags geben wird. In einem Interview im «Volksblatt» sagte Mauro Pedrazzini am Dienstag: «Wir werten derzeit die Vernehmlassung aus und machen uns hier ein



Bild: istock

Die Anbieter von Kindertagesstätten und Tagesstrukturen können nur warten und hoffen, dass das bisher Aufgebaute nicht wieder zusammenbricht.

Bild. Nun ist aber die Initiative der Wirtschaftskammer an der Reihe. Sie ist der Regierungsvorlage sehr ähnlich. Wir verfolgen hier den für Volksinitiativen vorgesehenen Prozess und werden in dieser Angelegenheit nicht vorpreschen. Es kann nicht sein, dass sich der Landtag mit zwei Vorlagen zum selben Thema befasst.»

Für die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer sollen ab Mitte April Unterschrif-

ten gesammelt werden, nachdem der Landtag die Initiative in der kommenden Sitzung Anfang April behandelt. In der Initiative geht es zum einen um die Kita-Finanzierung und zum andern um eine Neuregelung des Krankentaggeldes bei Mutterschaft. Tausend Unterschriften sind nötig. Die Wirtschaftskammer hat sechs Wochen Zeit, diese zusammenzutragen. Kommt die Initiative zustande, wird es allerdings knapp für die Landtagssit-

zung im Juni. Es ist davon auszugehen, dass das Initiativbegehren frühstens nach den Sommerferien, also Ende August, im Landtag behandelt wird.

Volksabstimmung erst im Herbst

Falls die Landtagsabgeordneten dem Entwurf nicht zustimmen, kommt es innerhalb von drei Monaten zur Volksabstimmung. Die Wirtschaftskammer ging in ihrem ersten Zeitplan von einer Volksabstimmung im

September aus. Wahrscheinlich wird es aber später werden. Nimmt die Bevölkerung die Initiative an der Urne an, kann das Gesetz in Kraft treten – frühestens Anfang 2017.

Wie weiter?

Es stellt sich allerdings die Frage, was passiert, wenn der Vorschlag abgelehnt wird. Fakt ist, dass die Regierung ihre Vorlage zur Neuregelung der Kita-Finanzierung dann nicht wenige Wochen später nachreichen wird. Auch würden die Wahlen und somit eine neue Regierung den Prozess verzögern. Somit wäre der Plan, dass die FAK bei der Subventionierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung herangezogen werden könnte, bis auf Weiteres vom Tisch. An der Ausgangsfrage und somit am eigentlichen Problem – wie die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung verbessert werden kann – hätte sich nichts geändert.

Die Regierung hat schon mehrmals klargemacht, dass nicht daran zu denken ist, den Subventionstopf des Staates zu vergrössern. Was dies für die Anbieter von Betreuungseinrichtungen bedeuten würde, ist noch nicht absehbar. Mehr Anbieter müssten am Ende wohl mit jeweils weniger Geld auskommen. Ob das Angebot, wie es heute besteht, in dieser Form aufrechterhalten oder verbessert werden könnte, ist fraglich.